



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

Zl. 93.002-2a/61

Gesetzesbeschluß des niederösterreichischen Landtages vom 13. Juli 1961, mit dem die Gemeindebeamtenehaltsordnung 1958 abgeändert und ergänzt wird (1. Gemeindebeamtenehaltsordnungs-Novelle).

Zu Zl. 44 ex 1961  
vom 13. Juli 1961

An den

Herrn Landeshauptmann von Niederösterreich

in W i e n .

Das Bundeskanzleramt beehrt sich namens der Bundesregierung mitzuteilen, daß gegen die Kundmachung des Gesetzesbeschlusses des niederösterreichischen Landtages vom 13. Juli 1961, mit dem die Gemeindebeamtenehaltsordnung 1958 abgeändert und ergänzt wird (1. Gemeindebeamtenehaltsordnungs-Novelle) kein Einspruch gemäß Artikel 98 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 erhoben wird.

Außerhalb eines Einspruches darf jedoch zu einzelnen Bestimmungen des Gesetzesbeschlusses folgendes bemerkt werden:

1. Zu Art. I Z. 3: Die Worte "Gehalt (Ruhe-, Versorgungsgehalt)" wären zu ersetzen durch "Dienstbezug (Ruhe-, Versorgungsbezug)". In diesem Sinne wurde richtigerweise auch der Wortlaut des § 10 Abs. 1 in der Fassung des Art. I Z. 8 gewählt.

2. Zu Art. I Z. 4: Der Gehalt beträgt in der Verwendungsgruppe E, Dienstklasse III, Gehaltsstufe 6 nicht S 2020.--, sondern S 2030.--.

3. Zu Art. I Z. 11: Das Bundeskanzleramt erkennt nicht, daß durch die Neuregelung der Qualifikationskalküle eine Änderung des letzten Satzes des § 13 Abs. 1 notwendig geworden ist. Der letzte Satz des § 13 Abs. 1 ist aber in der vorgesehenen Form überflüssig geworden, weil nach der durch § 13 Abs. 2 vorgeschriebenen sinngemäßen Anwendung des § 12 der Gemeindebeamtenehaltsordnung bei einer Gesamtbeurteilung, die auf "minder entsprechend" oder "nicht entsprechend" lautet, für j e d e Zeitvorrückung und nicht nur für die im letzten Satz des § 13 Abs. 1 bezeichneten Zeitvorrückungen eine Hemmung eintritt.

4. Zu Art. V Abs.2: Im Art. IV wird für die Zeit vom 1. Juli 1961 bis 31. Dezember 1961 die Höhe des Gehaltes gesondert festgesetzt. Damit ist die Zuerkennung von Ergänzungszuschlägen (Artikel III) für den gleichen Zeitraum gegenstandslos. Die Bestimmungen des Art. III wären daher richtigerweise mit Ablauf des 30. Juni 1961 außer Kraft zu setzen gewesen.

16. August 1961

Für den Bundeskanzler:

i.V. WEILER

Für die Richtigkeit  
der Anfertigung:

*Malster*

Amt der n. ö. Landesregierung  
Einlaufstelle

*Landtagskanzlei*

18. AUG. 1961

44/1 - 1961

Bearb. Präs. Beilagen:  
Dr. W. Stempel: